

  
AB

**Beschluss-(Resolutions-)antrag**

der ÖVP-Gemeinderäte/innen Ing. Isabella LEEB, Mag. Ines ANGER-KOCH, und Mag. Barbara FELDMANN, eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 25.06.2013 zu Post 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Bildung, Jugend, Information und Sport)

**betreffend Untersuchung aller Wiener Kinderheime**

Nach vorliegendem Kenntnisstand (siehe etwa Bericht der Wilhelminenberg-Kommission) waren die ungeheuerlichen Vorfälle im ehemaligen Kinderheim Wilhelminenberg kein Einzelfall, sondern nur die Spitze des Eisberges. An zahlreichen Kindern wurde offenkundig in mehreren städtischen Kinderheimen bzw. in sog. Vertragseinrichtungen (Hohe Warte, Lehrlingsheim Hadersdorf, Ferienheim Tribuswinkel, Dr. Adolf Lorenzheim,...) körperlicher und seelischer Missbrauch begangen, sodass man von einem System sprechen muss. Misshandlungen waren scheinbar an der Tagesordnung.

Die Wilhelminenberg-Kommission empfiehlt daher eine Überprüfung sämtlicher Wiener Heime. Im Bericht heißt es: „Festzuhalten ist, dass schon aus den Interviews im Zusammenhang mit anderen Rechercheergebnissen deutlich wurde, dass in weiteren Wiener Heimen ebenfalls schweres Unrecht gesetzt wurde und viele Kinder und Jugendlichen aus jenen Heimen ihr Leben lang an ihrer Vergangenheit schwer tragen. Wenn auch nicht verkannt wird, dass eine Untersuchung mit gleicher Intensität für alle Wiener Heime enorm aufwändig wäre, so bedarf es einer Fortsetzung der Forschung. So wäre auch die Rolle der Psychiatrie und der Gerichte im Kontext der Heime näher zu untersuchen. Keinesfalls darf die Forschung mit dem vorliegenden Bericht als abgeschlossen betrachtet werden, sondern dieser sollte als Beitrag zu einer Dynamisierung gesehen werden“

Die gefertigten Gemeinderätinnen stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

**Beschlussantrag:**

Der Wiener Gemeinderat spricht sich dafür aus der Empfehlung der Wilhelminenberg-Kommission Folge zu leisten und nunmehr alle anderen Wiener Heime einer externen Untersuchung (ähnlich der Wilhelminenberg-Kommission) zu unterziehen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 25.06.2013





